

beziehungsw^{weise}

DEZEMBER 2015

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG

WWW.OIF.AC.AT

INHALT

- 1 STUDIE** Familien und Familienpolitik in Krisenzeiten
Ergebnisse einer Eurofound-Studie
- 5 SERIE** Wussten Sie, dass ...
... zwei Drittel der Erwachsenen finanziell von den Eltern unterstützt werden?

- 6 STUDIE** Eltern und das Internet
Der Stellenwert der Internetnutzung im Kontext der Elternbildung
- 8 SERVICE** bücher: Kinderschutz & Kinderrettung
Die neue Männlichkeit
termin: Abenteuer Winterferienspiel

STUDIE

Familien und Familienpolitik in Krisenzeiten

Ergebnisse einer Eurofound-Studie

VON SONJA BLUM UND KATRIN GASIOR

Projektdesign

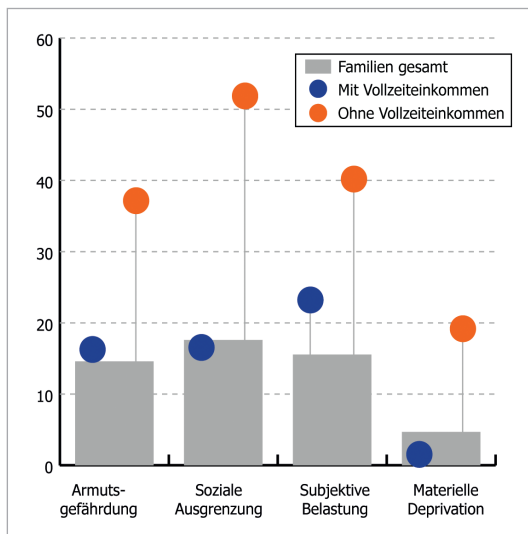
Die Finanz- und Wirtschaftskrisen seit 2008 stellen viele europäische Wohlfahrtsstaaten vor große Herausforderungen. In den letzten Jahren wurden vor diesem Hintergrund teils weitreichende sozialpolitische Reformen durchgeführt. Die familienpolitischen Entwicklungen haben dabei in der Literatur bislang wenig Aufmerksamkeit erfahren. In einer aktuellen Studie gehen wir daher der Frage nach, wie sich die Situation von Familien und Familienpolitiken in Europa in der Krisenzeit entwickelt hat.

Wir betrachten dabei fünf Länder im Speziellen: Österreich, Finnland, Portugal, Slowenien sowie das Vereinigte Königreich. Die Länderauswahl beruht zum einen darauf, dass diese Länder traditionell unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatsregimen zugeordnet werden (z.B. Esping-Andersen 1990): Österreich gilt herkömmlich als konservativer, Finnland als sozialdemokratischer und das Vereinigte Königreich als liberaler Wohlfahrtsstaat. Portugal ist demgegenüber häufig als südeuropäischer, Slowenien als post-sozialistischer Wohlfahrtsstaatstypus bezeichnet worden.

Die Unterschiede, die durch diese Zuordnung zu Wohlfahrtsstaatsregimen hervorgehoben werden, können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die fünf Länder gerade im Bereich der Familienpolitik deutliche Gemeinsamkeiten teilen: So zeichneten sie sich vor Beginn der Krise durch – im europäischen Vergleich – eher überdurchschnittliche Werte bei der Müttererwerbstätigkeit oder den Kinderbetreuungsquoten aus. Die Vereinbarkeitspolitik hat dabei in Ländern wie Finnland eine starke Tradition, während z.B. Österreich in den letzten zehn Jahren verstärkt



Abbildung 1: Soziale Situation von AlleinerzieherInnenhaushalten in Österreich nach Erwerbsstatus, 2012 (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf EU-SILC 2012

Familienpolitiken in den fünf Ländern durchgeführt. Unser Fokus lag dabei auf den Policy-Veränderungen: Inwiefern waren die familienpolitischen Leistungen z.B. durch Austeritätsmaßnahmen und Kürzungen betroffen? Wurden spezielle Maßnahmen für benachteiligte Familien eingeführt, um sie zu unterstützen und Kriseneffekte abzumildern? In einem dritten Schritt wurden dann drei familienpolitische Maßnahmen pro Land ausgewählt, die für benachteiligte Familien von besonderer Bedeutung sind. Diese Maßnahmen wurden mithilfe von Interviews und Fokusgruppen näher beleuchtet, wobei uns v.a. die Sichtweisen und die Einschätzungen der betroffenen Familien interessierten.

Um einen Einblick in die Projektergebnisse zu geben, möchten wir im Folgenden zwei Aspekte näher betrachten: zum einen, wie sich die soziale Situation von Familien in den letzten Jahren in Österreich verändert hat und zum anderen, wie eine ausgewählte familienpolitische Maßnahme in den österreichischen Fokusgruppen eingeschätzt wurde und welchen weiteren Unterstützungsbedarf die betroffenen Familienmitglieder formulierten.

Ausgewählte Ergebnisse für Österreich

Situation von Familien in der Krise

Im Mittelpunkt der quantitativen Analyse stehen verschiedene Familientypen und deren Erwerbsituation. Sie baut auf einem Bericht von Eurofound (2014) auf, der für Ländergruppen gezeigt hat, dass die Erwerbstätigkeit der Eltern einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Teilhabe von Familien leistet. Unter der Verwendung von EU-SILC-Daten bewegen wir uns nun auf nationaler Ebene und untersuchen länderspezifische Familienformen und

Karenzregelungen reformiert und den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung forciert hat.

Um nun die Entwicklungen in den Ländern näher zu beleuchten, sind wir in drei Schritten vorgegangen. In einem ersten Schritt haben wir auf Basis von Daten aus dem EU-SILC untersucht, wie sich die Situation von bestimmten, benachteiligten Familienformen in der Krisenzeit entwickelt hat. In einem zweiten Schritt haben wir qualitative Fallstudien zu den

deren Erwerbsmuster sowie die soziale Situation der verschiedenen Familientypen. Die soziale Situation von Familien ist zwar von multidimensionalen Faktoren beeinflusst (z.B. Bildungs- und Migrationshintergrund oder Gesundheitszustand). Dennoch bezieht sich die Anspruchsberechtigung vieler Sozial- und Familienleistungen auf die Haushaltszusammensetzung und die Einkommenssituation des Haushaltes. Der Fokus auf den Erwerbsstatus der Familien zeigt, inwiefern Erwerbseinkommen und soziale Unterstützungsleistungen ausreichen, um ein gewisses Maß an sozialer Teilhabe zu erreichen. Soziale Teilhabe ist in dieser Studie auf finanzielle Faktoren begrenzt und anhand folgender Indikatoren erfasst:

- Armutsgefährdungsrisiko (ein relativer Indikator für finanzielle Probleme);
- Erhebliche materielle Deprivation (ein absolutes Maß zur Finanzierbarkeit des täglichen Bedarfs);
- Armut und soziale Ausgrenzung bestehend aus mindestens einem Merkmal: Armutsgefährdung, erhebliche materielle Deprivation, Haushalte mit keiner oder sehr geringer Erwerbstätigkeit;
- Subjektive Einschätzung, ob die finanziellen Mittel für den Haushalt ausreichen, um über die Runden zu kommen („making ends meet“).

Familientypen:

Vollzeitbeschäftigung als Normalität?

In den meisten der von uns untersuchten Ländern besteht die typische Familie aus ein bis zwei Kindern und zwei Elternteilen, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Österreich – gemeinsam mit Großbritannien – ist jedoch eine Ausnahme. Hier spielt Teilzeitbeschäftigung über alle Familientypen hinweg eine deutlich größere Rolle. Die typische Familie setzt sich aus 1 bis 2 Kindern zusammen, wobei jedoch nur ein Elternteil in Vollzeit beschäftigt ist, während der andere Elternteil einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht. Dieses Muster findet sich auch bei Familien mit 3 und mehr Kindern. Noch häufiger ist in solchen Mehrkindfamilien jedoch nur ein Elternteil berufstätig, während der zweite Elternteil inaktiv oder arbeitslos ist. Sowohl Teilzeitbeschäftigung als auch Inaktivität bei Eltern stehen im Zusammenhang mit dem Kinderbetreuungsangebot und dessen Kosten. Über die Hälfte der österreichischen teilzeitbeschäftigten Frauen im Alter von 25 bis 49 Jahren geht keiner Vollzeitbeschäftigung nach, um sich um die Kinderbetreuung oder einen pflegebedürftigen Angehörigen zu kümmern. Auch für alleinerziehende Eltern scheint es häufig schwierig zu sein, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen (mehr als ein Drittel ist teilzeitbeschäftigt).

Die soziale Situation von Familien: Welche Rolle spielt die Erwerbssituation?

Die Frage ist nun, ob die soziale Situation von Familien je nach Haushaltszusammensetzung und Erwerbssituation unterschiedlich ist. Im Allgemeinen zeigt die Analyse, dass die zuvor beschriebenen Indikatoren während der Wirtschaftskrise relativ konstant geblieben sind. Familien sind im österreichischen Sozialsystem relativ gut geschützt und keinem größeren Armutsrisiko oder häufiger erheblicher materieller Deprivation ausgesetzt als Haushalte ohne Kinder. Sie haben jedoch etwas häufiger das Gefühl, dass die finanziellen Mittel für den Haushalt nicht ausreichen. Dieses subjektive Unsicherheitsgefühl ist vor allem in den ersten Jahren der Wirtschaftskrise angestiegen.

Auch wenn die soziale Situation von Familien in Österreich insgesamt relativ stabil ist, so gibt es Familientypen, die mit größeren Problemen konfrontiert sind. Dies sind vor allem Alleinerzieherhaushalte und auch Familien mit drei und mehr Kindern. Im Allgemeinen hat sich seit Beginn der Wirtschaftskrise gezeigt, dass Vollzeitbeschäftigung – wenn diese mit fairer Bezahlung einhergeht – ein wichtiger Faktor für eine sichere Situation in Krisenzeiten ist. Vor allem für Alleinerzieherhaushalte ist es wichtig, auf ein Vollzeiteinkommen zurückgreifen zu können. Abbildung 1 (siehe linke Seite) zeigt, dass sich die Situation von vollzeitbeschäftigten Alleinerzieherhaushalten kaum von jener der allgemeinen Situation von Familien unterscheidet, hingegen aber Haushalte ohne Vollzeiteinkommen mit erheblichen Problemen zu kämpfen haben. Inwiefern das Vollzeiteinkommen eines Erwachsenen ausreicht, hängt stark mit der Haushaltszusammensetzung zusammen. Die soziale Situation von Alleinverdienerhaushalten mit zwei Erwachsenen und ein bis zwei Kindern ist in Österreich relativ stabil. Hingegen scheint es für Alleinverdienerhaushalte mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern deutlich schwieriger zu sein, einen gewissen Lebensstandard mit nur einem Vollzeiteinkommen aufrechtzuerhalten (siehe Abbildung 2).

Fokusgruppen

Für den österreichischen Fall wurden drei Maßnahmen bzw. Reformen betrachtet: die Einführung des verpflichtenden Gratis-Kindergartenjahrs (2009/10), die Einführung der (einkommensabhängigen) Kinderbetreuungsgeld-Variante von 12+2-Monaten (2010) und die Reform der Schülerfreifahrt (2013/14). Für die Analyse haben wir zwei Fokusgruppen mit benachteiligten Familien durchgeführt: mit Alleinerziehenden sowie mit von Arbeitslosigkeit

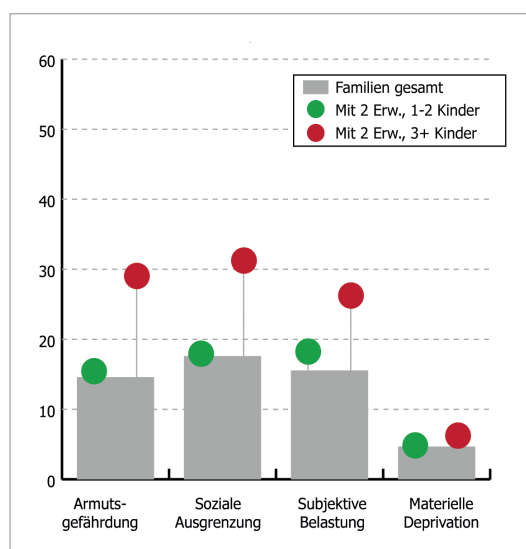
betroffenen Familien. Zusätzlich wurden die Einschätzungen von Policy-Experten mithilfe einer Fokusgruppe sowie zweier Interviews erhoben. Hierdurch konnten zum einen die Einschätzungen der betroffenen Familien und zum anderen spezifisches Expertenwissen integriert werden, z.B. zu Implementierungsfragen. Die Fokusgruppen und Interviews wurden zwischen Ende 2014 und Anfang 2015 in Wien und im Burgenland durchgeführt.*

Da es sich um eine selten betrachtete Maßnahme handelt, wollen wir im Folgenden auf die Reform der Schülerfreifahrt fokussieren. Die Schülerfreifahrt wurde in Österreich 1972 eingeführt, seither haben Schulkinder und Auszubildende bis zum Alter von 24 Jahren Anspruch auf kostenlose Beförderung zwischen ihrem Wohnort und der Schule. Eltern leisten eine Zuzahlung von derzeit € 19,60 pro Schuljahr. Dieses System ist aus zwei Gründen kritisiert worden: Zum einen ist der Verwaltungsaufwand relativ hoch. Zum anderen entspricht es nicht den veränderten Lebensbedingungen vieler Familien, vor allem Alleinerzieher- oder Patchwork-Familien. Ein Policy-Experte beschrieb dies in der Fokusgruppe wie folgt:

„Die (Schülerfreifahrt) gibt es seit 1972 und ist im Wesentlichen nicht sehr viel modernisiert worden. Und

* Wir möchten uns an dieser Stelle für die wertvolle Unterstützung durch die „Plattform für Alleinerziehende“ (ÖPA) sowie durch das AMS Burgenland bedanken.

Abbildung 2: Soziale Situation von Haushalten mit einem Vollzeiteinkommen, 2012 (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf EU-SILC 2012

zur studie

Das Projekt „Families in the economic crisis“ wurde von der EU-Agentur „Eurofound“ finanziert und am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien koordiniert.* In einem zweiten Projektteil, koordiniert am Forschungsinstitut IRS in Mailand, wurden fünf weitere Länder untersucht. Der gemeinsame Abschlussbericht (Eurofound 2015) wird demnächst unter folgendem Link abrufbar sein: www.eurofound.europa.eu/publications

* Die Fallstudien wurden von Mary Daly (Großbritannien), Mikael Nygård und Jessica Borg (Finnland), Tatjana Rakar (Slowenien), Karin Wall und Sónia Correia (Portugal) bearbeitet. Die österreichische Fallstudie wurde am ÖIF von Sonja Blum, Olaf Kapella und Christiane Rille-Pfeiffer erstellt. Die quantitative Analyse wurde von Katrin Gasior für alle Länder durchgeführt.

es hat sich gezeigt, dass die Lebensrealitäten teilweise anders geworden sind. Es war ja immer nur die Fahrt von der Wohnung zur Schule und retour. Und jetzt ist es durch Alleinerziehende, Patchwork-Familien – da haben die Kinder andere Fahrtenbedürfnisse. Die müssen manchmal von den Großeltern betreut werden oder von anderen Betreuungseinrichtungen.“

So ist es z.B. im Fall von geschiedenen Eltern oder Patchwork-Familien Praxis, dass die Kinder einige Wochentage bei der Mutter und einige beim Vater verbringen, oder aber wöchentlich zwischen den beiden Wohnungen wechseln. An solchen Bedürfnissen geht die traditionelle Schülerfreifahrt vorbei.

Vor diesem Hintergrund wurde im VOR (Verkehrsverbund Ostregion) im Schuljahr 2012/13 ein Modellprojekt gestartet. Damit haben Eltern in Wien, Niederösterreich und im Burgenland nun die Wahl, ob sie das traditionelle Ticket erwerben oder ob sie das neue Netzwerkticket für 60 Euro im Jahr kaufen (Top-Jugendticket), mit dem Kinder und Jugendliche alle VOR-Verbindungen während des gesamten Jahres nutzen können. Im Schuljahr 2012/13 entschieden sich 70% der Eltern für das Netzwerkticket, gegenüber 30% für das traditionelle Ticket. Ab dem Schuljahr 2013/14 wurden in allen österreichischen Bundesländern entsprechende Netzwerktickets eingeführt, die sich allerdings in Kosten und Verwaltungsaufwand für die Eltern noch unterscheiden.

Insgesamt haben die interviewten Familien diese Maßnahme als positiv und hilfreich erlebt. Auch wenn andere Familienleistungen finanziell ausschlaggebender sein können, hob eine alleinerziehende Mutter hervor, dass „jeder Cent zählt“. Insgesamt sahen die Eltern im Netzwerkticket eher eine Unterstützung für ältere Kinder, die bereits allein öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Eine Mutter beschrieb jedoch auch, dass sie das Ticket für Exkursionen mit der Familie benutze. Eine andere Mutter schätzte das Netzwerkticket zwar als hilfreich ein, da es neu ausgedruckt werden könne, falls die Kinder es verlieren. Sie selbst habe es jedoch nicht erworben, da die Einmalzahlung in Höhe von 60 Euro für sie nicht zu leisten sei: „Es wäre besser, wenn man das in monatlichen Raten zahlen könnte“.

Insgesamt scheint das Netzwerkticket, wenn auch mit den oben genannten Einschränkungen, an den veränderten Mobilitätsanforderungen österreichischer Familien anzuschließen wie auch an ihren Freizeitbedürfnissen. Die Fokusgruppen machten jedoch auch deutlich, dass benachteiligte Familien

im Bereich der Freizeitaktivitäten weiteren Unterstützungsbedarf sehen. Vor allem wurde dieser Bedarf in der Fokusgruppe mit von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien konstatiert. Als Familie Zeit zusammen zu verbringen und zusammen Ausflüge zu unternehmen wurde als problematisch beschrieben – sowohl finanziell als auch aufgrund der eingeschränkten Mobilität, vor allem in ländlichen Gegenden. In unserem Projekt zeigten sich auch in anderen Ländern ähnliche Ergebnisse.

Die Bewältigungsstrategien der von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien in Österreich zeigen, dass aufgrund finanzieller Restriktionen häufig nur das absolut Notwendige abgedeckt ist. So schilderte eine Teilnehmerin dieser Fokusgruppe:

„Wo spart man denn? Bei der Freizeit spart man. Weil bei Kleidung oder Nahrung kannst du nicht sparen. Der tägliche Bedarf muss gewährleistet sein. Man könnte Gutscheine für bestimmte Aktivitäten hergeben, z.B. Schwimmen. Auch Familienurlaube sollten nicht so teuer sein. Es gibt kaum Vergünstigungen für alleinerziehende Mütter und zwei Kinder.“

Ähnliche Ergebnisse zeigten sich auch in den Fallstudien zu Finnland und Großbritannien. In Großbritannien schien die Frustration vieler Familien, nicht kleinste Bedürfnisse befriedigen zu können (z.B. auswärts zu essen), dazu zu führen, den öffentlichen Raum zu meiden und mit der Familie eher im kontrollierten häuslichen Umfeld zu bleiben. Diese Situation schien sich aufgrund der Krise und Kürzungsmaßnahmen in den letzten Jahren verschärft zu haben. Einer solchen sozialen Exklusion von Familien entgegenzuwirken erweist sich auch im Ländervergleich als eine wichtige Aufgabe sozial- und familienpolitischen Handelns. ■

Literatur

- Esping-Andersen, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton: Princeton University Press.
Eurofound (2015): Families in the economic crisis: changes in policy measures in the European Union. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
Eurofound (2014): Third European Quality of Life Survey – Quality of Life in Europe: Families in the economic crisis. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Kontakt

sonja.blum@oif.ac.at
gasior@euro.centre.org

die autorinnen

Dr. Sonja Blum ist als Politikwissenschaftlerin am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien tätig.

Mag.^a Katrin Gasior ist Sozialwissenschaftlerin am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien.